

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 5 85 846 pphn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Horst Sielaff MdB faßt Eindrücke von einer Reise durch die Ukraine zusammen: Verärrterte, enttäuschte, mittellose Menschen.

Seite 1

Dr. Konstanze Wegner MdB verurteilt die Kürzungen beim Zivildienst: Zum Nachteil der Alten, Kranken und Behinderten.

Seite 3

Hans Martin Bury MdB fordert "Subventionen auf den Prüfstand": Die notwendige Umgestaltung muß mit Reformpolitik gestaltet werden.

Seite 4

Dokumentation

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB würdigte Leben und Kampf des im KZ Theresienstadt umgekommenen Sozialdemokraten Ludwig Czech: "Er ist nicht umsonst gestorben."

Seite 5

48. Jahrgang / 169

6. September 1993

Die Menschen sind verbittert, enttäuscht, mittellos Eindrücke von einer Informationsreise durch die Ukraine

Von Horst Sielaff MdB

Schon im Vorfeld des Besuches wurde mir mitgeteilt, daß sich die allgemeine Lage nicht nur ständig verschlechtert, sondern zuspitzt. Die Kriminalität hat erschreckende Ausmaße angenommen, besonders Überfälle auf Ausländer sind stark angestiegen. Dies gilt besonders für außerstädtische Gebiete, in den Städten kann man sich durch die hohe Präsenz der Polizei sicherer fühlen. Diese Einschätzung wurde von den Gesprächsteilnehmern vor Ort ausnahmslos bestätigt. So formulierte der Metropolit von Odessa und Ismail, der gleichzeitig auch Abgeordneter des Ukrainischen Parlamentes ist: "Die Menschen sind verzagt und sagen, die Zeit im Kommunismus war besser und die Situation wird noch schwieriger werden. Das Volk ist sehr aufgeregt. Es gibt neue Grenzen, an denen überhöhte Zölle erhoben werden. Im Kommunismus konnten wir besser leben, heute ist alles noch viel schwieriger. Es wird einen Volksaufstand geben."

Ein Verantwortlicher des Friedenskreises in Kiew wurde noch deutlicher: "Es herrscht die wilde Kraft, fast alle Behörden sind korrupt. Unsere Hoffnung besteht darin, daß alles plötzlich kaputt geht. Hier ist es schlimmer als in den Regionen der GUS-Staaten, in denen Krieg geführt wird. Einziger Unterschied ist, daß hier kein Blut fließt."

Zur Illustration der sozialen Situation: Ein Hochschulprofessor verdient 85.000 Währungseinheiten im Monat; eine Frau, Mutter mehrerer Kinder, erhält 40.000 im Monat als Rente. Vor einer Woche erhielt man für einen Dollar 19.000 ukrainische Währungseinheiten. Die Bank zahlte Ende August für eine DM 4.700, einen Tag später bereits 5.000. Außerhalb der Bank erhielt man 7.000 bis 9.000 für eine DM. Eine einfache Hühnersuppe kostet 1.400, ein typisches Landesgericht (einfach) 2.036, Fleischgerichte sogar über 7.000 in einer einfachen Gaststätte. Für einen Ukrainer ist Essengehen unerschwinglich geworden. Fleisch ist zudem in den Läden schwer erhältlich und unglaublich teuer.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichtung
ausgewählte Anstalten
Recycling-Papier



Die Ansiedlung Deutscher und die Hilfe zum Bleiben in den GUS-Staaten wird von der Bundesregierung zumindest völlig falsch eingeschätzt. Die Ansiedlungsprojekte in der Ukraine sind bis heute im Grunde gescheitert.

Die noch in der vergangenen Woche zum wiederholten Male im Umlauf gebrachten Zahlen und Meldungen, nach denen sich die Zahl der Ausgeder und der Aussiedlungsanträge verringert habe, sind nur deswegen so niedrig, weil den Ausreisewilligen mehr bürokratische Steine in den Weg gelegt werden. Erschwerte Bedingungen bei der Antragstellung und eine unübersehbare Resignation bei den Deutschen ("Deutschland will uns nicht mehr haben.") führen zwar zu solchen "Trendmeldungen", geben aber eine falsche Einschätzung der Lage.

Nur in einigen Siedlungsgebieten der Deutschen - wie zum Beispiel im Altal - wo massiv und deutlich sichtbare deutsche Hilfe ankam und wo über dies die Deutschen bereits in kompakten Gruppen zusammen leben, ist eine deutlich positive Entwicklung zu erkennen.

Das Gesetz über die Bürgerschaft und Staatsangehörigkeit in der Ukraine legt vor. Danach wird ehemals Deportierten ohne Verzögerung die Staatsbürgerschaft verliehen. Es muß lediglich der Nachweis vorliegen, daß man in der Ukraine geboren ist oder die Vorfahren aus der Ukraine deportiert wurden. Weiterhin muß man auf andere Staatsbürgerschaften verzichten. Andere - auch Deutsche -, die nicht aus der Ukraine stammen, müssen fünf Jahre ständig im Lande gelebt haben.

Nach dem Besuch mehrerer neuer Ansiedlungsorte der Deutschen, Besuch der Container-Siedlungen und Gesprächen mit Betroffenen, Kirchenvertretern, den Verantwortlichen der "Wiedergeburt" und Politikern in Odessa stellte sich die Situation erschreckend dar.

Keiner der neuangesiedelten Deutschen besaß die ukrainische Staatsbürgerschaft. Der Nachweis über die Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft (zum Beispiel in Kasachstan oder Tadschikistan) kann nicht erbracht werden. Die Behörden in den Aussiedlungsgebieten argumentieren, daß die BürgerInnen die sowjetische Staatsbürgerschaft, nicht aber die kasachische oder tadschikische hätten. Allerdings ist die Ukraine bereit 50.000 Flüchtlinge und Zuwanderer (davon könnten 5.000 Deutsche berücksichtigt werden), die "aus freien Stücken gekommen seien", jährlich aufzunehmen und das Verfahren der Verleihung der Staatsbürgerschaft zu verkürzen. Hierbei handelt es sich aber noch nicht um eine verabschiedete gesetzliche Regelung.

Bonn weckte falsche Hoffnungen

Der Teufelskreis geht nun weiter: ohne Staatsbürgerschaft hat man keinen Anspruch auf Wohnung, erhält keine Rente und keine Arbeit. Die Versicherung des ukrainischen Präsidenten Krawtschuk, sein Land nehme 400.000 Deutsche auf, wurde damals so interpretiert, daß es für alle zuzugswilligen Deutschen gelte und nicht nur für die ehemals Deportierten. Hinzu kamen die falschen Hoffnungen, die durch die Versprechen der Bundesregierung geweckt wurden, man helfe allen deutschen Neuaussiedlern, die bereit seien, sich in der Ukraine niederzulassen.

Die Menschen sind verbittert und enttäuscht. Viele sind mittellos, haben keine Arbeit und sind in völlig unzureichenden Unterkünften untergebracht, in denen sie den Winter kaum überleben können. "Wir haben unsere armseligen Koffer nicht ausgepackt, wir werden weiterziehen -- notfalls auch zurück nach Duschambe (Tadschikistan), von dort aus kommt man schneller nach Deutschland" habe ich bei vielen Gesprächen gehört. "Wir wurden mit falschen Versprechungen angelockt und im Stich gelassen."

Das Programm der Bundesregierung zur Ansiedlung der Deutschen aus der ehemaligen UdSSR in der Ukraine und damit der Versuch der Verhinderung der Ausreise dieser Menschen nach Deutschland ist, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt, gescheitert!

Schnelles Handeln und ein Überdenken des bisherigen Programms könnte vielleicht noch die Katastrophe verhindern. Dazu müßten die genannten Hilfen und Förderungen aus der Bundesrepublik endlich koordiniert werden, eine Forderung die sich seit langer Zeit immer wieder gestellt habe. Trotz wiederholter Versicherungen der Bundesregierung, die Koordination durch das Bundeskanzleramt funktioniere reibungslos, muß ich feststellen, daß dies nicht der Fall ist!

Statt ständig neue Programme zu entwickeln (wie jetzt wieder ein Lehreraustauschprogramm), sollte die Bundesregierung endlich noch einmal die Fördermaßnahmen aller Ministerien überprüfen, sie miteinander verzahnen und aufeinander abstimmen. Bisher weiß die linke Hand nicht, was die rechte tut, spricht was wo gefördert wird. Nicht einmal die Botschaften werden über die jeweiligen Maßnahmen ausreichend informiert.

(-/6. September 1993/rs/ks)

Zum Nachteil der Alten, Kranken und Behinderten **Die Kürzungen beim Zivildienst sind sozialpolitisch unverantwortlich**

Von Dr. Konstanze Wegner MdB

Mit den für die Haushaltsjahre 1994 und 1995 vorgesehenen Kürzungen im Bereich des Zivildienstes von 190 beziehungsweise 380 Millionen Mark setzt die Bundesregierung ihren sozialpolitischen Kahlschlag im Bereich des Zivildienstes fort. Nachdem 1993 bereits die Aufwandszuschüsse an die Beschäftigungsstellen für die Mobilen Sozialen Hilfsdienste wider Treu und Glauben beim Nachtragshaushalt im Handstreich gestrichen wurden, sollen die Wohlfahrtsverbände, die Zivildienstleistende beschäftigen, nun neben den Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Kleidung, die sie jetzt schon tragen, auch noch die Geldbezüge der Zivis übernehmen, das heißt, den Sold, besondere Zuwendungen und das Entlassungsgeld. Die Mehrheit der Wohlfahrtsverbände kann sich nach Meinung des Bundesfinanzministers refinanzieren, indem sie diese Kosten auf andere Kostenträger abwälzt. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung wird das Bundesministerium für Frauen und Jugend im Einvernehmen mit dem Finanzministerium durch Rechtsverordnung festlegen, bei welchen Zivildienstplätzen künftig seitens des Bundes nicht mehr finanziert beziehungsweise weiterfinanziert werden soll.

So soll die Erstattung künftig unter anderem bei Krankenhäusern, Pflegeheimen, Altersheimen, Heimen für Behinderte, Einrichtungen für psychisch Behinderte, für Blinde, Sozialstationen, Kindergärten und Jugendhäuser entfallen. Damit wären rund 57 Prozent aller Plätze betroffen. Weiter erstattet werden soll zunächst in Berlin und in den neuen Bundesländern, ferner in der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung, bei Behindertenwerkstätten, Behindertentransporten, Tagesstätten für Behinderte, Aids-Hilfe und Drogenberatung, das heißt bei einem Anteil von etwa 43 Prozent aller Plätze.

Die von diesen Einschnitten vorrangig betroffenen Wohlfahrtsverbände weisen zu Recht darauf hin, daß es sich hier um eine Schlechterstellung des Zivildienstes gegenüber dem Wehrdienst

zu Lasten der Freien Wohlfahrtspflege handelt. Die vorgeschlagenen Einsparungen sind rechtlich problematisch und sozialpolitisch unverantwortlich. Der Zivildienst ist Teil der allgemeinen Wehrpflicht, dafür muß der Bund die Kosten tragen. Er ist verpflichtet, für Zivildienstleistende geeignete Aufgabenfelder beziehungsweise Plätze zur Verfügung zu stellen. Bedient er sich dabei Dritter, wie zum Beispiel der Wohlfahrtsverbände, muß er Ihnen den Aufwand für diese Plätze erstatten.

Die Wohlfahrtsverbände sind nicht in der Lage, die Kürzungen aus eigenen Mitteln auszugleichen. Die empfohlene Refinanzierung bedeutet nichts anderes als eine Verschiebung der Kosten auf die Klienten beziehungsweise auf die Träger der Sozialhilfe, die ohnehin aufgrund zahlreicher wesensfremder Aufgaben, die Ihnen von Bund und Ländern zugeschoben werden, die Grenze der Belastbarkeit erreicht haben. Auf diese Politik werden die Beschäftigungsetats mit dem Abbau von Zivildienstplätzen reagieren. Das wird zu einem Wegfall sozialer Dienste und Einrichtungen führen und letztlich zu Lasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft gehen: der alten, kranken und behinderten Menschen.

Die Sozialdemokraten werden diesen Plänen schärfsten Widerstand entgegensetzen und gleichzeitig Einsparvorschläge vorlegen, die unter dem Strich mehr erbringen als die ungerechten Kürzungen beim Zivildienst:

1. Die überfällige Anpassung der Dauer des Ersatzdienstes an den Wehrdienst, sie würde etwa 20 Prozent der Kosten sparen, die heute direkt für Zivildienstleistende ausgegeben werden.
2. Die Zusammenlegung des Bundesministeriums für Frauen und Jugend mit dem Bundesministerium für Familie und Senioren, da beide sich inhaltlich vielfach überschneiden.
3. Die Halbierung des aufgeblähten Selbstdarstellungsetats der Regierung.

(-/6. September 1993/rs/ks)

Subventionen auf den Prüfstand Die notwendige Umgestaltung mit Reformpolitik gestalten

Von Hans Martin Bury MdB

Angesichts der Struktur- und Innovationskrise muß die öffentliche Hand stärker als bisher öffentliche Hilfen gezielt zur Förderung des dringend notwendigen Strukturwandels einsetzen. Die Bundesregierung sollte diesen Prozeß durch zeitlich befristete und degressiv gestaltete Subventionen unterstützen. Der kürzlich vom Bundeskabinett verabschiedete Subventionsbericht dokumentiert hingegen erneut, daß die Bundesregierung in der Subventionspolitik kein Konzept hat. Immer noch steckt sie Milliardenbeträge in ökonomisch fragwürdige Erhaltungssubventionen und verschleudert gewaltige Summen für Steuergeschenke.

Die Gesamtsumme der staatlichen Subventionen erreicht im Jahre 1993 die neue Rekordzahl von 114 Milliarden DM. Angesichts des Zwangs zur Haushaltskonsolidierung ist eine konsequente Überprüfung der einzelnen Subventionsposten und die Einleitung einer neuen Subventionspolitik erforderlich.

Subventionen sind Lenkungsinstrumente der Politik, die zur Durchsetzung politischer Ziele eingesetzt werden und als solche weder prinzipiell schlecht, noch insgesamt entbehrlich sind. Entscheidend ist, welche Ziele mit den jeweiligen Subventionen erreicht werden sollen und ob die angewandten Subventionen sich bewährt haben oder effizientere Instrumente zur Verfügung stehen.

Entscheidende Bausteine einer neuen Subventionspolitik müssen sein:

- Eine generelle Befristung und degressive Ausgestaltung.
- Externe Kosten müssen internalisiert werden, um verdeckte und indirekte Subventionierung abzubauen und die Steuerungsfunktion der Preise zu stärken.
- Umstellung von der Objekt- auf die Subjektförderung, insbesondere im Wohnungsbau, um Fehlallokationen zu vermeiden und zielgruppengerecht zu fördern.
- Eine wirksame Subventionskontrolle, zum Beispiel durch Zero-Base Budgeting und Senset-Verfahren.

Durch eine solche Subventionspolitik kann dem obersten Prinzip politischer Praxis in der Bundesrepublik Deutschland entgegengewirkt werden: der Besitzstandswahrung. Eine Politik der reinen Besitzstandswahrung läuft in Zeiten gravierender globaler Veränderungen - ökonomisch, ökologisch und sozial - Gefahr, die notwendige Dynamik zur Umgestaltung zu blockieren. Deshalb gilt heute mehr denn je das alte sozialdemokratische Motto: Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen.

(-/6. September 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

"Ludwig Czech ist nicht umsonst gestorben"

Zur Erinnerung an Dr. Ludwig Czech, den Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik und langjährigen Sozial- und Gesundheitsminister dieses Staates, veranstaltete die Seliger-Gemeinde (die Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten) gemeinsam mit den tschechischen Sozialdemokraten, der SPÖ und der SPD eine Gedenkstunde am Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Theresienstadt. Dort war Ludwig Czech, der 1938 trotz eines vorliegenden Visums für Holland in seiner Heimat geblieben war, am 20. August 1942 nach fünfmonatigen Leiden umgekommen. Die NSDAP in Brünn hatte sich bei Hitler dafür eingesetzt, daß Czech, der auch unter der Nazi-Besatzung ein Kristallisationspunkt für die sudetendeutschen Sozialdemokraten war, verhaftet und ins KZ verschleppt wird. Wir dokumentieren die Worte, die Dr. Hans-Jochen Vogel zum Gedenken an Dr. Ludwig Czech sprach.

*Zusammen mit dem Präsidenten der Tschechischen Republik, dem Bundeskanzler der Republik Österreich und allen, die sich hier versammelt haben, gedanke ich als deutscher Sozialdemokrat Ludwig Czechs, dessen sterbliche Überreste hier auf diesem Friedhof vor 51 Jahren

In einem Massengrab beigasetzt - wahrheitsgemäßer muß man wohl sagen unter die Erde gebracht - wurden. Ich tue das im Namen der deutschen Sozialdemokratie und ihres Vorsitzenden Rudolf Scharping, der mich gebeten hat, den hier Anwesenden seine Grüße zu übermitteln.

Ludwig Czech war einer der großen Gestalten der österreichischen und der sudetendeutschen Arbeiterbewegung. Eine Persönlichkeit, die in sich vereinigte, was brutale und gewissenlose Demagogen als unvereinbar erklärten, und zum Gegenstand mörderischer Vernichtungsstrategien machten: Er war Deutscher jüdischer Abstammung, er war zunächst österreichischer, dann tschechoslowakischer Staatsangehöriger, neun Jahre lang Minister der tschechoslowakischen Republik - vor allem aber war er Sozialdemokrat. Als solcher kämpfte er ein Leben lang für die Rechte der Arbeitnehmer, für das friedliche Miteinander der Völker und Nationalitäten, für Solidarität und Mitmenschlichkeit und insbesondere für die Demokratie. Sie verteidigte er erst als Stellvertreter und dann als Nachfolger Josef Seligers an der Spitze der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zunächst gegen kommunistische Vorstöße und dann bis zuletzt gegen die heranbrandenden Flutwellen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Er tat es gewissenhaft, unermüdlich, unbestechlich - als einer, der Führung als Dienst verstand und sich deshalb immer wieder hinter die Sache zurücknahm, die er vertrat.

Damals ist er gescheitert. Sein Ende im Konzentrationslager Theresienstadt hat das auf tragische Weise versinnbildlicht. Aber die Ideen, denen er sich verschrieben hatte, erwiesen sich als stärker als die brutale Gewalt menschenverachtender Diktatoren. Und diese Ideen sind auch für uns heute gewichtig, weil sie aus uns in einer Zeit fundamentaler Veränderungen Orientierung zu geben vermögen. Deshalb ist es notwendig, Persönlichkeiten wie Ludwig Czech vor dem Vergessen zu bewahren und aus ihrem Leben Lehren zu ziehen.

Was lehrt uns sein Leben? Welche Botschaften richtet es an uns? Das - so meine ich - sind die wichtigsten:

- o Achtung der gleichen Würde und des gleichen Rechts aller Menschen.
- o Solidarität mit den Schwächeren.
- o Nie wieder Vertiefung und Ausgrenzung von Minderheiten.
- o Nie wieder Haß zwischen Völkern und nationalen Gruppen.
- o Kein Freund-Feind-Denken.
- o Ächtung der Gewalt.
- o Bewahrung und Verteidigung der Demokratie.

Was wäre unseren Völkern, dem tschechischen und dem deutschen zumal, was wäre aber auch den Völkern Europas insgesamt in diesem Jahrhundert erspart geblieben, wenn sich damals nicht der Faschismus, sondern die demokratischen Kräfte durchgesetzt hätten? Wann die Ideen, denen Ludwig Czech diente und die er verkörperte, damals den Sieg davongetragen hätten?

An dem Ort, wo Ludwig Czech geblieben hat und gestorben ist, rufe ich uns dazu auf, gemeinsam alles zu tun, damit solche Fragen nicht eines Tages von neuem gestellt werden müssen. Wir wollen dafür unseren Beitrag leisten. Ludwig Czech aber rufe ich zu:

Du hast nicht umsonst gekämpft! Du bist nicht umsonst gestorben!

(-/6. September 1993/rs/ks)
